

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postfachkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig:**
Tauscher Straße 10/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gefaltene Kolonelleile oder deren Raum 1.90 M., bei Wapvorschrift 2.30 M.; Familienanzeigen, die 7 gefaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelleile 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Volkankalten entgegen.

Neue Einigungsverhandlungen in Italien.

Giolitti verhandelt.

Rom, 16. September. Giolitti berief gestern nachmittag die Vertreter der Gewerkschaften und Industrieverbände zu gleichzeitiger persönlicher Besprechung mit ihm.

Berlin, 16. September. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Aus Rom wird unterm 15. September gemeldet: Der Nationalverband der Gewerkschaften setzte seine Verhandlungen mit den Ministern für öffentliche Arbeiten und für Inneres sowie mit mehreren Banken zum Zwecke der Erwerbung einiger größerer Betriebe durch ein nationales Konsortium der metallurgischen Gewerkschaft fort. Die Erwerbung der Werften Cassanmare, die 2000 Arbeiter beschäftigen, scheint nahe bevorzuziehen.

Weitere Ausdehnung der Bewegung.

Berlin, 16. Sept. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Das Berliner Tageblatt meldet unterm 15. September aus Baje: Der Generalrat der Arbeitgeber, der am Dienstag in Mailand zusammentrat, um zu den Forderungen der Arbeiter um soziale Reformen Stellung zu nehmen, hat sich nach Meldungen aus Mailand in seiner Mehrheit gegen die von den Arbeitern geforderte Betriebskontrolle ausgesprochen. Die Metallindustriellen wollen die Verhandlungen erst dann wieder fortsetzen, wenn die Arbeiter die widersprüchlich besetzten Fabriken geräumt haben. Während der Sitzung wurde die Besetzung zahlreicher Textilfabriken durch die Arbeiter bekannt. Es soll eine Kommission zur Prüfung der Frage der Betriebsräte eingesetzt werden. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. — In Paganò sind nun auch die größeren Textilfabriken besetzt worden, die zusammen 80 000 Arbeiter beschäftigen. Gleichzeitig wurden die Baumwollfabriken von Suko, Vrijst, Gallarate und andere Industriestädte von den Arbeitern besetzt. Der Zentralvorstand des Eisenbahner-Verbandes hat in Bologna wichtige Beschlüsse über die Lohnbewegung und die Unterdrückung der Metallarbeiter gefaßt. Eine Kommission wird ihre Forderungen bei der Regierung in Rom vorbringen. Ferner wurde beschlossen, alle wichtigen Rohstoffsendungen den Arbeitern auszuliefern. Ebenso hat der italienische Seelenverband in Genua beschloffen, den von den Arbeitern besetzten Metallfabriken ein interessendes Rohstoffsendungen auszuliefern. Man befürchtet besonders durch diese Entschuldigungen neue Verwicklungen.

Mailand, 15. September. Die Leitung der in Rom zusammengetretenen Populärpartei befahte sich ebenfalls mit der Metallarbeiterfrage und nahm eine Entschloßung an, in der die Regierung aufgefordert wird, einen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildeten Ausschuss zu ernennen, der die wirkliche Lage der italienischen Industrie prüfen soll.

Deschanel vor dem Rücktritt.

Paris, 15. September. Wie der Matin in Sperdruck mitteilt, hat sich der Gesundheitszustand des erkrankten Präsidenten der Republik, Deschanel, am letzten Freitag ernstlich verschlimmert. In Abgeordnetensitzung spricht man von der Möglichkeit seines unmittelbaren bevorstehenden Rücktritts. Der Minister des Innern hat sich sofort nach Aix-les-Bains begeben, um den Ministerpräsidenten Millerand von der Lage zu unterrichten. Sofort nach seiner Rückkehr wird sich der Ministerrat mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Berlin, 16. September. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Berliner Morgenblätter berichten von einem nahe bevorstehenden Rücktritt des Präsidenten der französischen Republik, Deschanel. Die Voss. Zig. meldet dazu aus Paris: Der Temps, der die Gerüchte von angeblichen Rücktrittswünschten des Präsidenten der Republik bisher grundtätig unbeachtet gelassen hat, bestätigt heute abend, daß Deschanel nach einer neuen notwendigen Reise zu der Überzeugung von der Notwendigkeit seines Rücktritts gelangt ist.

Berscharfter Boykott Polens.

Der Nationalzeitung wird unter dem 14. September aus Prag berichtet: Wie das Prawo Lidu meldet, hat die Union, die solidarische Gewerkschaftsorganisation, die Möglichkeit in Erwägung gezogen, daß über Polen ein vollständiger internationaler Boykott mit Einschluß der Lebensmittel verhängt werde. Zu diesem Behufe hat die Union die Eisenbahnerverbände der anderen Nationen, sowie die Verkehrsinternationale in Brüssel zu einer demnächst in Prag stattfindenden Konferenz eingeladen, auf welcher die näheren Bedingungen des internationalen proletarischen Boykotts über Polen beschlossen werden sollen. Bevor noch das Datum dieser Konferenz festgelegt werden konnte, hat das Präsidium der Union der Eisenbahnbediensteten unter dem Eindruck der Anhaltung von 39 Waggons Munition und Kriegsmaterial am 8. und 9. September in Praz eine Sitzung abgehalten. In dieser Sitzung wurde, wie Tribuna erzählt, grundsätzlich der vollständige Boykott Polens beschlossen. Auf die sozialistischen Eisenbahnerverbände der Nachbarstaaten wird eingewirkt werden, daß sie sich schnellstens diesem Boykott anschließen. Diese Kundgebung wird in einer heute stattfindenden Sitzung der Föderation der Eisenbahnbediensteten in der Tschechoslowakei, welche die sozialdemokratischen Eisenbahnbediensteten tschechischer und slowakischer Nationalität einschließt, nachträglich genehmigt werden. Die Föderation fordert die Eisenbahnbediensteten aller Dienststellen auf, streng darüber zu wachen, daß kein Kriegsmaterial nach Polen durchgeschmuggelt wird.

Ilomaki, welche die sozialdemokratischen Eisenbahnbediensteten tschechischer und slowakischer Nationalität einschließt, nachträglich genehmigt werden. Die Föderation fordert die Eisenbahnbediensteten aller Dienststellen auf, streng darüber zu wachen, daß kein Kriegsmaterial nach Polen durchgeschmuggelt wird.

Um die Einreiseerlaubnis für die russischen Gewerkschafter.

Berlin, 16. Sept. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Regierung hat, wie schon berichtet wurde, einem Teil der russischen Gewerkschaftsdelegierten die Einreiseerlaubnis bisher verweigert, und zwar handelt es sich um die russischen Gewerkschaftsvertreter der Textilarbeiter, Metallarbeiter, Süttenarbeiter und der Angestellten. Um für diese Delegierten die sofortige Einreiseerlaubnis zu bewirken, ist gestern eine Deputation, bestehend aus Vertretern der beteiligten Gewerkschaften und einem Wa. Vertreter beim Außenminister Simons vorstellig geworden. Es wurde in einer eingehenden Aussprache nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die russische Delegation, die sich aus den wichtigsten Berufsgruppen zusammensetzt, nur vollständig ihre Aufgabe eines Meinungsaustausches über die großen wirtschaftlichen Fragen erfüllen kann. Der Minister hat eine beschleunigte Entscheidung in Aussicht gestellt.

Die Entente-Kommission und die Gefährdung des Kohlenabkommens.

Bochum, 14. September. Seit dem 1. September ist die deutsche Kohlenlieferung an die Entente um fast 20 Prozent hinter den Später Verpflichtungen zurückgeblieben. Die Entente-Kommission in Berlin hat an den Alliiertenrat Mitteilungen über die kommunistische Agitation im Ruhrrevier gegen die Ausführung des Abkommens von Spa gemacht. Sie betonte dabei besonders, daß die deutsche Regierung keine Maßnahmen gegen diese Agitation ergreifen habe und daß diese Haltung die Erfüllung des Kohlenabkommens ernstlich gefährde.

Die Brüsseler Konferenz.

Deutschland nur mit beratender Stimme zugelassen
Paris, 15. September. Havas berichtet aus London, daß an der Brüsseler Konferenz am 24. September alle Staaten einschließlic der Vereinigten Staaten durch je drei Delegierte vertreten sein werden. Deutschland, Österreich und Bulgarien werden eingeladen, Delegierte zu entsenden, die aber nur beratende Stimme haben sollen.

Zusammenkunft zwischen Millerand und Lloyd George?

Paris, 15. September. Wie Clair aus Aix-les-Bains meldet, soll in 14 Tagen in Biarritz auf Vorschlag der französischen Regierung eine Zusammenkunft zwischen Millerand und Lloyd George stattfinden.

Keine Einwilligung zur Verstärkung der Ordnungspolizei.

Berlin, 16. September. (U.) Bei der deutschen Regierung ist eine Note der Entente eingetroffen, in der diese es ablehnt, in die von der deutschen Regierung vorgesehene Verstärkung der bewaffneten Ordnungspolizei einzustimmen. In den nächsten Tagen finden mündliche Verhandlungen zwischen Vertretern der Entente und der zuständigen preussischen Stelle statt. Auch der Hauptauschuss der Landesversammlung wird sich heute abend damit befassen.

Folgen der Kriegsraubereien.

Berlin, 16. September. (U.) Die belgische Regierung verlangt die Rückgabe des während des Krieges von der deutschen Heeresverwaltung beschlagnahmten Telephonmaterials, das zum Ausbau der erst vor zehn Tagen eröffneten Berliner Telephonamtes Abgang verwendet worden ist. In der Angelegenheit finden Verhandlungen statt zwischen dem Belgier, dem Postministerium und einem Vertreter der belgischen Regierung. Man hofft, die zweifelslos berechnete belgische Forderung auf diesem Wege erledigen zu können. Wenn Belgien auf der Erfüllung seiner Forderung besteht und das eingebaute Material wieder herausgerissen werden muß, entsteht ein Schaden, der viele Millionen beträgt.

Das Urteil gegen die Mörder Sizas.

Budapest, 15. September. Das Kriegegericht verurteilte heute vormittag das Urteil im Prozeß gegen die Mörder des Grafen Stefan Siza. Stefan Debo und Thor Szankowsky wurden zum Tode durch den Strang, Alexander Huettner zu 15 Jahren schweren Kerkers, Eugen Wago-Wilheim zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Kartoffelverjorgung.

B. A. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft in Kartoffeln erfolgt Mitte September dieses Jahres, obwohl immer wieder warnend auf die Gefahren hingewiesen worden ist, die sich aus einer derartigen Lösung von dem bisherigen Bewirtschaftungsprinzip angehts der Lage unserer gesamten Verjorgung ergeben müßten. Der Ansturm der Produzenten und der interessierten Händler ist an so vielen Stellen durch die gleichgerichteten Wünsche der Konsumenten — siehe unter anderem die Stellungnahme der Konsumvereine — unterstützt worden, und die Durchlöcherung behördlicher Vorschriften hat einen so großen Umfang angenommen, daß man seitens der Regierung zu diesem mehr als gewagten Experiment die Zustimmung gegeben hat. Es ist bekannt, daß der Versuch einer gewissen Sicherung der Verjorgung durch den Abschluß einer Reihe umfangreicher Lieferungsverträge zwischen den Kommunen und den Lieferungsgejenseinschaften gemacht worden ist, aber angehts der Aufhebung der Zwangswirtschaft besteht in sehr weiten Kreisen die Ansicht, daß diejenigen Städte, die sich auf die volle Erfüllung dieser Verträge verlassen wollen, eine sehr unangenehme Enttäuschung erleben werden. Auf der andern Seite besteht bei den meisten Kommunen angehts der für den Stadtsäckel mehr als bedenklichen Erfahrungen, die man im Frühjahr mit der „Kartoffelwaise“ und dem Preissturz bei den vorjorglich eingekauften Hülsenfrüchten usw. gemacht hat, wenig Neigung, mit größeren Mengen ausreichende Vorseorge für die etwaigen Schwierigkeiten des kommenden Winters zu treffen, sondern es wird vielfach die Meinung vertreten, daß nach der Wiedereinführung des freien Handels die Aufgabe der Kommunen in bezug auf die Lebensmittelverjorgung der städtischen Bevölkerung im wesentlichen erledigt sei.

Gegenüber diesen vom Standpunkt der städtischen Finanzpolitik mehr als berechtigten Anschauungen muß aber immer wieder warnend auf die gesamte Lage unserer Wirtschaft verwiesen werden. Die Wiedereinführung des freien Handelsverkehrs in den wichtigen Nahrungsmitteln bedeutet in Wirklichkeit die Auslieferung des Konsumenten an die skrupellose Gewinnjucht der Produzenten und Händler, denn kein Mensch kann sich darüber im Unklaren sein, daß bei der schlechten Beschaffenheit des Brotes und der durchaus unzulänglichen Ration, die verteilt wird, eine außerordentlich lebhaftige Nachfrage nach Kartoffeln eintreten muß. Von jeher war die Kartoffel in Deutschland Volksnahrungsmittel par excellence und je weniger Fleisch, Brot und Fettwaren zur Verfügung stehen, desto größer wird der Konsum der arbeitenden Bevölkerung an Kartoffeln. Aber auch in der Landwirtschaft ist mit einer erhöhten Verjorgung zu rechnen, insbesondere da der verhältnismäßig hohe Stand der Schweinezucht, der eine starke ansteigende Tendenz zeigt, bei dem Mangel an Krautfutter eine bedeutende Kartoffelmenge erfordern muß. Es ist demnach ohne weiteres damit zu rechnen, daß hinter jedem Kartoffelproduzenten ein Duzend Händler, Großhändler, Kleinkonsumenten herlaufen und ihn um Überlassung seiner verfügbaren Ernte angehen wird. Bereits jetzt sind die großen Industrieunternehmen bestrebt, für ihre Arbeiterschaft gewisse Mengen heranzuschaffen, eine Reihe von Konsumenten bemüht sich, für die Einwohnerjchaft zentralisiert einzukaufen und viele Organisationen sowie Einzelfamilien bieten alles auf, sich zu verjorgen. Es wird demnach einem — trotz der zum Teil guten Ernte — beschränkten Angebot zunächst eine derart stürmische Nachfrage gegenübertreten, daß mit einer sprunghaften Steigerung der Kartoffelpreise gerechnet werden kann. Es ist bereits sehr deutlich in den verschiedensten Angeboten der Händlerfirmen zum Ausdruck gebracht, wie diese die Lage beurteilen, denn man will nirgends eine Preisbindung eingehen, sondern sich überall dem jeweiligen Tagespreis anpassen.

Die Lage, in der sich die Konsumenten befinden, ist demnach eine durchaus andere als die Vorstellung vom „freien Handel“ sie erfordert. Freier Handel ist in diesem Falle tatsächlich weiter nichts als die Freiheit zur Ausbeutung der allgemeinen Nahrungsmittelnot, die sich in diesem Winter in großem Maßstab in allen Teilen des Reiches zeigen wird. Die Aufrechterhaltung der Zwangsbewirtschaftung, deren wesentliche Mängel wir durchaus erkennen, bot wenigstens die Möglichkeit, ein gewisses Quantum der unbedingt erforderlichen Lebensmittel zu einem einigermaßen bestimmten und erschwingbaren Preise zu erhalten, trotz also zur Aufrechterhaltung eines gewissen Binnenwertes der Reichsmark erheblich bei. Die Entwertung unseres Geldes, die bei der fortschreitenden Inflation einen wachsenden Umfang annehmen muß, ist durch die Aufhebung der Kartoffelbewirtschaftung gefördert, denn es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß bei der vorausjichtlichen Steigerung des Kartoffelpreises die Gesamtkosten